

Aus-, Fort- und Weiterbildung von SprachenlehrerInnen

Muriel Wurga

LehrerInnenbildung für eine mehrsprachige Schule – eine sprachpolitische Bestandsaufnahme

Einleitung

Österreich verfügt über eine große Sprachenvielfalt. Auch und vor allem schulische und tertiäre Bildungseinrichtungen sind zunehmend mehrsprachig. Trotzdem wird vielerorts noch der „monolinguale Habitus der multilingualen Schule“ (*Gogolin 1994*) gepflogen.

Ziel dieses Beitrages ist es, angesichts der zunehmenden sprachlichen und kulturellen Diversität der SchülerInnen die zentralen Herausforderungen für die LehrerInnenbildung im Allgemeinen und für die SprachenlehrerInnenbildung im Besonderen im Kontext der europäischen und nationalen Entwicklungen darzustellen.

In einem ersten Teil sollen die sprachpolitischen Schwerpunktsetzungen der Europäischen Union (EU) sowie der Kommission (EK) einerseits und des Europarates (ER) andererseits – sofern sie die Bildung von Sprachenlehrenden betreffen – auf der Basis aktueller Strategiepapiere präsentiert werden. Anschließend wird der österreichische LEPP-Prozess (Language Education Policy Profiling) beleuchtet, ein vom Europarat initiiertes Strategieentwicklungsprozess, der die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Sprachenlehrenden als einen von drei Schwerpunktbereichen eingehend analysiert und Handlungsfelder für die Weiterarbeit definiert. Dieser gemeinsame Prozess zwischen dem ER und Österreich bildet den Übergang von der europäischen zur nationalen Ebene. In diesem Teil sollen auch die Ergebnisse einer sprachpolitischen Konferenz, die infolge des LEPP-Prozesses stattfand, sowie der Prüfbericht des Rechnungshofes zur „Struktur des Fremdsprachenunterrichts“ in den Blick genommen werden. Abschließend richtet sich der Fokus auf bereits erfolgte bzw. noch zu erfolgende Umsetzungsschritte im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sprachenlehrenden in Österreich. Dabei kommt auch dem aktuellen Regierungsprogramm eine bedeutende Rolle zu.

SprachenlehrerInnenbildung im europäischen Kontext

Europäische Union

Die Frage der Bildung von LehrerInnen im Allgemeinen und SprachenlehrerInnen im Besonderen nimmt einen wichtigen Platz ein in der am 18. September 2008 von der EK angenommenen Mitteilung zur Mehrsprachigkeit, die den Titel „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“ trägt (Kommission 2008). Als Hauptziele dieses strategischen Papiers werden die Vermittlung von Wert und Vorteilen der sprachlichen Vielfalt in der EU und die Fähigkeit zur Kommunikation in der Muttersprache plus zwei Sprachen (sog. „Barcelona-Ziel“¹) genannt (vgl. Kommission 2008, S. 5). Zur Umsetzung dieser Hauptziele werden vier Schwerpunktbereiche definiert, deren dritter mit dem Titel „lebenslanges Sprachenlernen“ sich verstärkt auf die LehrerInnenbildung bezieht und daher im Folgenden genauer beleuchtet werden soll.

Außer Frage gestellt wird „die zentrale Rolle der Lehrkräfte für die Verbesserung der sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen“ (Kommission 2008, S. 11). Angesichts der Tatsache, dass Aufenthalte im Land der Zielsprache nicht nur zur Verbesserung und Ausweitung der sprachlichen, sondern auch der interkulturellen Kompetenzen wesentlich beitragen, wird auf die mangelhafte Förderung der Mobilität von Sprachlehrkräften verwiesen und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Mobilität von Sprachlehrkräften zu unterstützen (Kommission 2008, S. 12).

Neben diesem übergreifenden Bereich der Mobilität werden drei weitere Handlungsbereiche identifiziert: Diese betreffen zum einen die sprachliche Qualifikation von Lehrenden, die im CLIL-Bereich² tätig sind, zum anderen die didaktische Qualifikation von Lehrenden der Unterrichtssprache im Bereich der Vermittlung der Unterrichtssprache als Zweitsprache. Angesichts einer in sprachlicher und kultureller Hinsicht stetig diverser werdenden SchülerInnenpopulation erweisen sich – am Beispiel Österreichs – Kenntnisse im Fach „Deutsch als Zweitsprache“ als zunehmend unentbehrlich für Lehrende. In Österreich wird die Frage einer verpflichtenden Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache für alle Lehrenden im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschule derzeit diskutiert (vgl. dazu weiter unten). Als dritter Handlungsbereich werden die pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten von Lehrenden weniger verbreiteter Sprachen genannt, wobei in diesem Bereich oftmals ein Mangel an Lehrenden herrscht. In Österreich betrifft dies vor allem die so genannten „muttersprachlichen“ Lehrenden, also jene Lehrkräfte, die im muttersprachlichen Unterricht tätig sind. Verschärft wird die Situation noch durch eine mit der mangelnden bzw. in Österreich nicht anerkannten Ausbildung im Zusammenhang stehende dienst- und besoldungsrechtliche Schlechterstellung der muttersprachlichen Lehrenden, die von Seiten der Betroffenen immer wieder heftig kritisiert wird.

Zur Umsetzung dieses sowie der anderen in der Mitteilung genannten Ziele will die EK ein Bündel an Maßnahmen ergreifen (z. B. Veranstaltung einer EU-Sprachenkonferenz alle zwei Jahre, Mainstreaming des Themas „Mehrsprachigkeit“ in relevante Politikbereiche), das im Jahr 2012 einer umfassenden Überprüfung durch die EK und die Mitgliedstaaten unterzogen werden soll (Kommission 2008, S. 16).

In der „Entschließung des Rates der Europäischen Union zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit“ vom 21. November 2008 fordert der Rat die EK und die Mitgliedstaaten auf, besonderes Augenmerk auf die Qualifizierung von Sprachenlehrenden zu legen mit dem Ziel einer Ausweitung des CLIL-Angebotes. Weiters sollen Mobilität und Austausch von Sprachenlehrenden gefördert werden (vgl. Rat der EU 2008, S. 6).

Europarat

Die *Language Policy Division* des ER in Straßburg entwickelt neben konkreten methodisch-didaktischen Instrumenten, die von Sprachenlehrenden und -lernenden in ganz Europa genutzt werden (z. B. Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen, Europäisches Sprachenportfolio), auch Dokumente und Instrumente auf einer sprachenpolitisch-strategischen Ebene. Von besonderer Bedeutung für Österreich ist in diesem Zusammenhang das LEPP-Programm (Language Education Policy Profiling), an dem auch Österreich teilgenommen hat (vgl. dazu weiter unten).

Für die praktische Umsetzung der sprachenpolitischen Arbeit des ER wurde im Jahr 1994 das *Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarates (EFSZ)* in Graz auf Initiative von acht Staaten (Frankreich, Griechenland, Liechtenstein, Malta, Niederlande, Österreich, Schweiz, Slowenien) gegründet. Heute zählt das erfolgreichste Teilabkommen des ER 34 Mitglieder und stellt damit auch ein wichtiges Begegnungs- und Diskussionsforum für sprachenpolitische EntscheidungsträgerInnen aus allen Mitgliedstaaten dar.

Die zentrale Rolle der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sprachenlehrenden drückt sich im Programm des EFSZ in zweifacher Weise aus: Zum einen bildet sie das übergreifende Thema des derzeitigen mittelfristigen Arbeitsprogramms des EFSZ (2008–2011), dessen Titel „Sprachenlehrende in ihrer Rolle stärken“ lautet. In der Zielsetzung und Begründung für die Wahl dieses Themas wird deutlich, dass die Professionalisierung der Lehrenden international als zentraler Faktor bildungspolitischer Entwicklungen gesehen wird: „The new ECML programme (2008–2011) takes place against the backdrop of major international developments in the sphere of education (e.g. the ‚White Paper on Intercultural Dialogue‘ of the Council of Europe as a contribution to the European Year of Intercultural Dialogue 2008). Within this political context there is increasing demand on the professional skills of teachers who are expected to contribute to national education reform processes. Concrete challenges are: standard-linked tuition, result-oriented assessment, greater autonomy of educational institutions and increasing ethnic and cultural heterogeneity among students (EFSZ 2007).“

Das „Empowerment“ von Sprachenlehrenden – „Empowering Language Professionals“, so der englische Titel des laufenden Arbeitsprogramms – erfolgt über insgesamt 20 Projekte, welche in die folgenden vier thematischen Bereiche fallen: Evaluation, Kontinuität, Fremdsprache als Arbeitssprache (engl. Titel: Content and Language Education), Plurilinguale Bildung (engl. Titel: Plurilingual Education).

Zum anderen befindet sich ein am EFSZ entwickeltes konkretes Instrument für die Ausbildung von Sprachenlehrenden bereits in Erprobung, das European Portfolio for Student Teachers of Languages (EPOSTL), das als methodisch-didaktisches Reflexionsinstrument für angehende Sprachenlehrende dienen soll. Ähnlich wie das Euro-

päische Sprachenportfolio enthält das EPOSTL neben der persönlichen Beschreibung und dem Dossier auch umfassende Selbstbeurteilungskriterien (Checklisten mit *can-do*-Deskriptoren zu Methodik und Didaktik des Fremdsprachenunterrichts)³.

SprachenlehrerInnenbildung auf nationaler Ebene

Der österreichische LEPP-Prozess

Eine wichtige Rolle für die nationale Sprachenpolitik nimmt der ER auch insofern ein, als er als Impulsgeber und Initiator wichtiger Prozesse, wie z. B. des LEPP-Prozesses, fungiert. Der LEPP-Prozess ist ein Instrumentarium des ER zur Entwicklung eines nationalen Sprachenprofils. Er bietet Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, gemeinsam mit einem ExpertInnen-Team des ER die aktuelle Sprach- und Sprachunterrichtspolitik zu reflektieren und zu evaluieren sowie die Weichen für künftige Entwicklungen in der sprachpolitischen Arbeit zu stellen. Die Entwicklung des Sprachenprofils ist als gemeinsamer Reflexionsprozess zwischen den nationalen Behörden und Anspruchsgruppen einerseits und den ExpertInnen des Europarates andererseits zu verstehen. Im Auftrag von BMUKK und BMWF hat Österreich von 2006 bis 2008 den LEPP-Prozess durchgeführt, und zwar unter Mitwirkung und Anleitung des Österreichischen Sprachen-Kompetenz-Zentrums (www.oesz.at).

Als Prozess, der die Zusammenführung von Selbstevaluation (= Innensicht) und ExpertInnen-Feedback (= Außensicht) zum Inhalt hat, umfasst LEPP die Erstellung des Länderberichtes durch die österreichischen Behörden, den Studienbesuch der ExpertInnen des Europarates und die darauf basierende Erstellung des ExpertInnenberichtes sowie die in engem Zusammenwirken der nationalen Stellen und der Europarat-ExpertInnen erfolgende Entwicklung des österreichischen Länderprofils.

Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Sprachenlehrenden bildete auf österreichischen Wunsch neben dem frühen Sprachenlernen und dem Schnittstellenmanagement einen der drei ursprünglichen Schwerpunktbereiche des österreichischen LEPP-Prozesses und erfuhr daher von Anfang an viel Aufmerksamkeit. Im Folgenden sollen nun die Ergebnisse des LEPP-Prozesses, die den Bereich der LehrerInnenbildung betreffen, kurz besprochen werden⁴:

Im österreichischen Länderbericht (vgl. BMUKK/BMWF 2007, S. 96–105) wird eine Aufnahme der Bereiche Mehrsprachigkeitsdidaktik sowie Deutsch als Zweitsprache in das Pflichtcurriculum aller Lehrenden gefordert. Angeregt werden außerdem neben der Einführung eines Mindestniveaus für die Sprachkompetenz der Sprachenlehrenden auf Basis des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen die Benützung des Europäischen Sprachenportfolios als Selbsteinschätzungs- und Reflexionsinstrument für die sprachliche Kompetenz, von EPOSTL für die methodisch-didaktische Kompetenz sowie ein verpflichtender Aufenthalt im Ausland. Weiters wird eine engere Kooperation der Institutionen der LehrerInnenbildung angeregt. Geprüft werden sollte auch eine „Fortbildungspflicht“ aller Lehrenden. Zur Diversifizierung des Sprachangebots an den österreichischen Schulen wäre die Einrichtung von Lehramtsausbildungen für alle in den Lehrplänen angebotenen Sprachen notwendig.

Das Abschlussdokument des LEPP-Prozesses, das österreichische Länderprofil, enthält eine Reihe an Handlungsfeldern für den Bereich der Aus-, Fort- und Weiter-

bildung der Sprachenlehrenden (vgl. BMUKK/BMWF/Europarat 2008). Diese sollen in der Folge kurz dargestellt werden:

Auf struktureller Ebene wird die getrennte Ausbildung von Lehrenden (Bundesanstalten für Kindergartenpädagogik, Pädagogische Hochschulen, Universitäten) kritisch beurteilt und eine stärkere Kooperation bzw. Zusammenführung der LehrerInnenbildung angeregt. Kritisiert wird die mangelnde Forschungskultur im Bereich der Sprachlehr- und -lernforschung an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten. Die Etablierung einer solchen Forschungskultur würde nicht nur eine Lücke in der österreichischen Forschungslandschaft schließen, sondern würde auch maßgeblich zur Professionalisierung der Sprachenlehrenden beitragen. Zur professionellen Qualifizierung der Lehrenden im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts werden neben dem Abbau von Hürden bei der Anerkennung von nicht in Österreich erworbenen Bildungsabschlüssen Angebote zur Qualifizierung für muttersprachliche Lehrende und Native Speakers, die den „klassischen“ Fremdsprachenunterricht unterstützen, gefordert.

In curricularer Hinsicht werden verpflichtende Angebote für Deutsch als Zweitsprache sowie für den Umgang mit sprachlicher und kultureller Diversität im Klassenzimmer als notwendig erachtet. Des Weiteren wird eine Professionalisierung der KindergartenpädagogInnen hinsichtlich ihrer Sprachenkenntnisse gefordert. Defizite werden auch im Umgang mit neueren sprachendidaktischen Instrumenten (z. B. Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen, Europäisches Sprachenportfolio) vermutet. Indem eine quantitative und qualitative Ausweitung des CLIL-Unterrichts – sowohl quantitativ, was die Anhebung der angebotenen CLIL-Stunden, als auch qualitativ, was die Ausweitung auf andere Sprachen als Englisch betrifft – nahe gelegt wird, wird indirekt auch eine vermehrte und verbesserte Ausbildung der Lehrenden in diesem Bereich gefordert.

Mit der im Herbst 2008 erfolgten Approbation des österreichischen Länderprofils durch die nationalen Behörden und den ER kann der österreichische LEPP-Prozess als abgeschlossen betrachtet werden.

Zur Vorbereitung der Umsetzung des Strategieentwicklungsprozesses veranstaltete das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Österreichischen Sprachen-Kompetenz-Zentrum Anfang Dezember eine sprachpolitische Konferenz mit dem Titel „Unsere Gesellschaft ist mehrsprachig – unsere Bildung auch? Wege zu einem Gesamtkonzept sprachlicher Bildung in Österreich“. Im Rahmen dieser Konferenz sollten nach Abschluss des LEPP-Prozesses strategische Maßnahmen zur Weiterarbeit identifiziert werden. Ein Workshop konzentrierte sich dabei auf die LehrerInnenbildung. Zu den vorläufigen Ergebnissen des Workshops zählen die folgenden⁵: Als generell wichtig erachtet wurden neben einer Vernetzung und Zusammenführung von Strukturen eine gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen, die mit einem „Master“ abschließt, eine Grundausbildung zum Thema „Sprache“ für alle PädagogInnen sowie eine forschungsgeleitete LehrerInnenbildung. Konkret wurde die Professionalisierung von Lehrenden im Bereich des muttersprachlichen Unterrichts, die Entwicklung von Modulen zur Mehrsprachigkeitsdidaktik, eine Erweiterung des Sprachenangebotes in der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen sowie die Einrichtung einer Koordinationsstelle für die

Konzeption einer überinstitutionellen Personal- und Curriculumsentwicklung gefordert. Diese Anliegen der Workshop-TeilnehmerInnen sind in hohem Maße deckungsgleich mit den im Zuge des LEPP-Prozesses identifizierten Vorschlägen. Dieser Umstand kann als deutliche Bestätigung der im LEPP-Abschlussdokument formulierten Maßnahmen verstanden werden.

Prüfbericht des Rechnungshofs

Eine weitere Verstärkung für Handlungsfelder, die im Zuge des LEPP-Prozesses identifiziert wurden, kommt von anderer Seite, nämlich vom Rechnungshof, der sich in seinem Prüfbericht zur „Struktur des Fremdsprachenunterrichts“ aus dem Jahr 2007 u. a. ebenfalls mit der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Sprachenlehrenden beschäftigt. So führt der Rechnungshof etwa als Grund für die bislang nicht erfolgte Ausweitung des CLIL-Unterrichts den „Mangel an Lehrkräften, die über eine ausreichend hohe Fremdsprachenkompetenz verfügten“ (Rechnungshof 2007, S. 252, 265, 278), an und empfiehlt eine Förderung der fremdsprachlichen Kompetenz von Lehrenden im Fachunterricht durch gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildung (Rechnungshof 2007, S. 265). Derselbe Grund, nämlich der Mangel an geeigneten Lehrkräften, wird auch im Zusammenhang mit dem geringen Umfang von Tschechisch- und Slowakisch-Angeboten an Österreichs Schulen angeführt (Rechnungshof 2007, S. 261). Beide Kritikpunkte aus dem Prüfbericht des Rechnungshofes finden sich auch im LEPP-Abschlussbericht wieder; auf den fremdsprachlichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsbedarf von Lehrenden, die im fremdsprachlichen Fachunterricht tätig sind, wird darüber hinaus in der europäischen sprachenpolitischen Diskussion immer wieder explizit hingewiesen (z. B. Kommission 2008).

Maßnahmen im Bereich der Bildung von Sprachenlehrenden

Zwar stand die österreichische Sprachenpolitik der letzten Jahre stark im Zeichen der Strategieentwicklung, doch sind auch wesentliche Verbesserungen auf der Umsetzungsebene gelungen. Die Entwicklung und teilweise Implementierung von innovativen methodisch-didaktischen Instrumenten und Konzepten des Sprachenlernens, wie z. B. des Europäischen Sprachenportfolios, des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen und der Bildungsstandards, haben zum Teil Pilotcharakter, indem sie an einzelnen Standorten eingeführt wurden, zum Teil haben sie aber bereits Eingang ins System gefunden. In die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrenden sind die Neuerungen in unterschiedlichem Maße eingeflossen; in jedem Fall besteht in diesem Bereich, wie auch im LEPP-Profil festgehalten wird (vgl. oben), nach wie vor ein erhöhter Fort- und Weiterbildungsbedarf.

Anlässlich der Einführung der frühen sprachlichen Förderung im Kindergarten wurden Qualifizierungsmaßnahmen an Pädagogischen Hochschulen entwickelt, die sicherstellen sollen, dass alle mit Sprachförderung befassten KindergartenpädagogInnen und VolksschullehrerInnen mit der Theorie des Spracherwerbs und der Mehrsprachigkeit sowie mit der Praxis der Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung vertraut sind. Dieses Fort- und Weiterbildungskonzept ist in zweifacher Weise innovativ, weil es nicht nur KindergartenpädagogInnen an die Pädagogischen Hochschulen bringt, sondern auch einen Beitrag zum Schnittstellenmanagement leistet, indem KindergartenpädagogInnen und VolksschullehrerInnen dieselbe Qualifizie-

rungsmaßnahme besuchen. Des Weiteren erhält auf diese Weise eine große Anzahl an PädagogInnen Fortbildung zum Thema Spracherwerb und Mehrsprachigkeit.

Zur Unterstützung der Qualifizierung von Lehrenden an Pädagogischen Hochschulen im Bereich Deutsch als Zweitsprache wurde infolge des LEPP-Prozesses vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur die Entwicklung eines Moduls für Deutsch als Zweitsprache durch ExpertInnen in Auftrag gegeben. Das Modul wird nun vom Bundesministerium den Pädagogischen Hochschulen zur Verfügung gestellt mit der Bitte, zu prüfen, ob dieses Modul bzw. eine adaptierte Version in das Pflichtcurriculum aufgenommen werden kann. Einzelne Pädagogische Hochschulen sind diesen Schritt bereits gegangen und haben das Fach Deutsch als Zweitsprache verpflichtend eingeführt.

Zukunftsperspektive

Die österreichische Bildungspolitik hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Thema der Weiterentwicklung der Sprach- und Sprachunterrichtspolitik beschäftigt. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrenden im Allgemeinen und Sprachenlehrenden im Besonderen spielte dabei immer eine wichtige Rolle. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung stand zweifellos der Strategieentwicklungsprozess LEPP, als dessen Ergebnis nun Handlungsfelder vorliegen, die von den bildungspolitischen AkteurlInnen zur Umsetzung zu führen sind. Flankiert wurde und wird der LEPP-Prozess von der Mitwirkung Österreichs an der sprachpolitischen Diskussion im europäischen Kontext sowie u. a. von ersten wichtigen Umsetzungsschritten.

Nach dieser mehrjährigen sprachpolitischen Strategieentwicklungsphase können nun in der Implementierung bedeutende Schritte nach vorne gemacht werden. Die Basis dafür wurde gebildet, indem wichtige Themen aus den Strategieentwicklungsprozessen Eingang in das neue Regierungsprogramm gefunden haben: Hinsichtlich der LehrerInnenbildung wird angestrebt, dass alle Lehrenden im Zuge ihrer Ausbildung interkulturelle Kompetenzen erwerben. Außerdem sollen Anreize geschaffen werden, um den Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in pädagogischen Ausbildungen zu erhöhen. Darüber hinaus soll besonderes Augenmerk auf den Ausbau des frühen Fremdsprachenunterrichts gelegt werden. Im Sinne einer Diversifizierung des Sprachenangebotes sollen dabei neben Englisch auch die Sprachen der unmittelbaren Nachbarländer und die der neuen globalen Wirtschaftspartner Berücksichtigung finden. Zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit von Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch sollen sowohl der Deutsch als Zweitsprache- als auch der muttersprachliche Unterricht ausgebaut werden (Republik Österreich 2008, S. 204 f.).

Österreich ist ein mehrsprachiges Land. Die Anerkennung, Förderung und Nutzung der sprachlichen und kulturellen Diversität als wertvolles gesellschaftliches Gut stellt eine Voraussetzung für die Bewältigung der immer komplexer werdenden Wissensgesellschaft dar. Schlüsselpersonen in dieser Entwicklung sind die Lehrenden, deren Aufgabe u. a. darin besteht, Kinder und Jugendliche auf diese Gesellschaft vorzubereiten. Die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Lehrenden im Allgemeinen und die Sprachenlehrenden im Besonderen die dafür benötigten Kompetenzen entwickeln können, muss daher eines der zentralen Ziele der Bildungspolitik sein.

ANMERKUNGEN

- ¹ Unter dem „Barcelona-Ziel“ versteht man in diesem Kontext die im Rahmen der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Barcelona vom 15./16. März 2002 (Rat 2002, S. 19) geforderten Maßnahmen zur Verbesserung der Aneignung von Grundkenntnissen, insbesondere durch Fremdsprachenunterricht in zwei Sprachen für alle vom jüngsten Kindesalter an.
- ² Das englische Akronym „CLIL“ (*Content and Language Integrated Learning*) hat sich auch im deutschsprachigen Raum als Bezeichnung für „fremdsprachlichen Fachunterricht“ etabliert. Im Deutschen werden darüber hinaus u. a. auch die Bezeichnungen „Fremdsprache als Arbeitssprache“, „integriertes Fremdsprachen- und Sachfachlernen“ oder „bilingualer Sachfachunterricht“ verwendet.
- ³ Weitere Informationen über EPOSTL enthält die Projektwebsite: <http://epostl2.ecml.at/>.
- ⁴ Aus Platzgründen ist eine erschöpfende Darstellung hier nicht möglich. Es sei daher auf die Originaldokumente (BMUKK/BMWF 2007, BMUKK/BMWF/Europarat 2008) verwiesen.
- ⁵ Die endgültigen Workshop-Ergebnisse waren zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Beitrages noch nicht verfügbar.

LITERATUR

- BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)/BMWF (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung): Language Education Policy Profile – Länderbericht. Sprach- und Sprachunterrichtspolitik in Österreich, 2007. In: http://www.coe.int/t/dg4/linguistic/Source/Austria_CountryReport_final_DE.pdf. Zugriff am 14. Jänner 2009.
- BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)/BMWF (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung)/Europarat: Language Policy Division. 2008. Language Education Policy Profile. Austria. In: http://www.coe.int/t/dg4/linguistic/Source/Profile_Austria_EN.doc. Zugriff am 14. Jänner 2009.
- EFSZ Website. 2007. <http://coordination.ecml.at/Home/tabid/149/language/en-GB/Default.aspx>. Zugriff am 14. Jänner 2009.
- Europäische Kommission: Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. 2008.
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Barcelona), 15. und 16. März 2002.
- Gogolin, I.: Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster, New York, Waxmann, 1994.
- Rat der Europäischen Union: Entschließung des Rates zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit. 2008.
- Rechnungshof: Prüfungsergebnis 2007. Struktur des Fremdsprachenunterrichts. S. 251–279. In: http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/Teilberichte/Bund/Bund_2007_16/Bund_2007_16_7.pdf. Zugriff am 14. Jänner 2009.
- Republik Österreich: XXX. Regierungsprogramm 2008–2013. Gemeinsam für Österreich, 2008. In: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=32965>. Zugriff am 14. Jänner 2009.

ZUR AUTORIN: Dr. Muriel WARGA, Lehramtsstudium Französisch und Geschichte/Sozialkunde an der Universität Graz und in Rennes/Frankreich. Universitätsassistentin für französische Sprachwissenschaft sowie Didaktik der romanischen Sprachen an der Universität Graz. Forschungsschwerpunkte: Sprachlehr- und -lernforschung. Derzeit Leiterin der sprachpolitischen Koordination im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und Universitätslektorin.